



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

11.01.2023  
HHA

### Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Zusätzliche Anwärterstellen für Obersekretärinnen/Obersekretäre**

Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Bezeichnung Vollzugsanstalten

Produktnummer 001 - 002 Bezeichnung Diverse Produkte

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
<b>Produktfolgeplan</b>				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	269.362.600	382.500	269.745.100

Liquidität			
<b>Einnahmen</b>			
<b>Ausgaben</b>			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
<b>Produktenerfolgsplan</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	273.831.600	1.147.400	274.979.000
<b>Liquidität</b>				
<b>Einnahmen</b>				
<b>Ausgaben</b>				

**Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)**

Der Stellenplan soll um jeweils 40 Stellen (Anwärterstellen mittlerer Dienst) pro Haushaltsjahr erhöht werden.

**Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags**

Aufgrund der fehlenden Anwärterstellen werden in der Praxis Anwärter\*innen auf Planstellen platziert, wodurch diese wiederum die Planstellen blockieren, die i.d.R. für Tarifbeschäftigte und Beamt\*innen vorgesehen sind. Infolgedessen wird die Nachwuchsplanung und die volle Stellenbesetzung in den JVA's gefährdet. Daher ist ein Stellen-Aufschlag notwendig.

Wiesbaden, 10.01.2023

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Günter Rudolph**